

Fraktion DIE LINKE. im
Sächsischen Landtag
#sogehsolidarisch Ende
Januar 2023

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag



Liebe Leserin, lieber Leser,

morgen beginnt die erste Plenarsitzung in diesem Jahr – und die Linksfraktion bleibt ihren Themen treu. Wir fordern [gerechte Ostrenten](#) und die Linderung des Renten-Unrechts, machen den teils gravierenden [Mangel an Hausärztinnen und Hausärzten](#) zum Thema der Aktuellen Debatte und fordern [Maßnahmen gegen Wohnungslosigkeit](#). Auf der Tagesordnung steht außerdem unsere [Große Anfrage zur Situation der sächsischen Feuerwehren](#), bei deren Beantwortung die Fachabteilung im Innenministerium mit Nichtwissen „glänzte“. Die Voraussetzung für viele dieser Maßnahmen sind freilich mehr freie Haushaltsmittel, weshalb die Verfassungsregeln zur Solidaritätsbremse [endlich auf den Prüfstand](#) kommen müssen. Was in diesem Monat außerdem wichtig war, zeigt unsere Kurz-Zusammenfassung.

Kevin Reißig, Pressesprecher

P.S.: Empfehlen Sie uns gerne weiter! www.linksfraktionsachsen.de/service/newsletter

Inhaltsverzeichnis

1. Für mehr Gerechtigkeit in der Arbeitswelt
2. Sachsen muss dem Härtefallfonds für Opfer des Renten-Unrechts beitreten
3. Wer kann 2.000 Euro im Monat für einen Pflegeplatz blechen?
4. Schließung von Werks von GKN Driveline nicht tatenlos hinnehmen
5. Niemand soll im Alter arbeiten müssen, doch in Sachsen trifft das Tausende
6. Solidaritätsbremse auf den Prüfstand!
7. Wann kommt ein modernes Gleichstellungsgesetz?
8. In fünf Jahren nur neun Prozent Steigerung – Solarenergie auf Landesdächern konsequent nutzen!
9. Wer Lehrkräfte will, muss Freiheit und gute Arbeitszeiten bieten
10. Auch das gibt's

Für mehr Gerechtigkeit in der Arbeitswelt



Scheitert Sachsenkenia wie die Vorgängerregierung daran, Gerechtigkeit in der Arbeitswelt zu befördern? Der Staat als der größte Auftraggeber der Wirtschaft spielt eine Schlüsselrolle. Welche Unternehmen Aufträge bekommen, regelt das Vergabegesetz – und Sachsen braucht dringend ein neues. Öffentliche Aufträge dürfen nur an Unternehmen gehen, die ihre Beschäftigten

angemessen bezahlen und die Umwelt nicht schädigen. Das heißt unter anderem: ordentliche Arbeitsbedingungen und mindestens 13,50 Euro brutto, auch bei Leiharbeit und Subunternehmen. Wir haben dazu einen [Vorschlag](#) gemacht. Im Wirtschaftsausschuss befanden Sachverständige den [Gesetzentwurf](#) für gut. Wir sind gespannt, ob sich die Koalition in Sachen Vergabegesetz endlich bewegt. [Druck machen für höhere Löhne!](#)

Sachsen muss dem Härtefallfonds für Opfer des Renten-Unrechts beitreten



Seit dreißig Jahren fordern zahlreiche Berufs- und Personengruppen, dass ihre in der DDR erworbenen Rentenansprüche vollständig anerkannt werden. Der Härtefallfonds, den die Bundesregierung plant, reicht nicht: Nach Angaben des Runden Tisches Rentengerechtigkeit werden „490.000 von 500.000 betroffenen Ostrentnern [...] nach aktuellen Planungen leer

ausgehen“. Sachsen hat nur noch bis Ende März 2023 Zeit, dem Fonds beizutreten und die Einmalzahlung auf 5.000 Euro zu verdoppeln, die für einen kleinen Teil der Betroffenen vorgesehen ist. Wir beantragen das in der Landtagssitzung Anfang Februar und fordern einen echten Gerechtigkeitsfonds.

Wer kann 2.000 Euro im Monat für einen Pflegeplatz blechen?



Der Eigenanteil für einen Pflegeplatz in Sachsen liegt seit Jahresbeginn schon bei durchschnittlich 2.184 Euro im Monat. Wer kann das bezahlen? Die Regierenden lassen die Pflegebedürftigen und deren Familien allein. Es ist höchste Zeit, Pflege gerecht zu finanzieren. Das gelingt mit einer PflegeVOLLversicherung, in die alle Beiträge einzahlen, und zwar für die volle Höhe ihrer Einkünfte im Job und

am Finanzmarkt. Dafür muss die sächsische Regierung in Berlin eintreten – und auch eigene Schritte unternehmen.

Schließung von Werks von GKN Driveline nicht tatenlos hinnehmen



In Mosel bei Zwickau könnten bald 800 gut bezahlte Industriejobs verloren sein – der Automobilzulieferer GKN Driveline will sein dortiges Werk schließen. Die Staatsregierung darf dieses Vorgehen keinesfalls tatenlos hinnehmen. Die Behauptung der Unternehmensführung, das Werk sei wegen des Umbaus der Autobranche nicht mehr rentabel, ist fadenscheinig. Laut der IG Metall ging das Unternehmen wiederholt nicht auf Angebote ein, das Werk zu modernisieren. Offensichtlich dominieren Kostengründe. Profitgier zulasten der Beschäftigten erfordert

Widerstand!

Niemand soll im Alter arbeiten müssen, doch in Sachsen trifft das Tausende



In Sachsen sind weiterhin tausende Rentnerinnen und Rentner sozialversicherungspflichtig oder geringfügig beschäftigt. Ein Teil arbeitet sicher freiwillig oder aus Pflichtbewusstsein. Viele aber schufteten noch, weil die Rente nicht reicht. Das darf nicht sein! Damit alle ihren Ruhestand genießen und frei darüber entscheiden können, ob sie weiterarbeiten wollen, muss die

gesetzliche Rentenversicherung eine sichere Bank für alle sein. Dazu müssen alle Erwerbstätigen für ihre gesamten Einkünfte im Job und am Finanzmarkt Beiträge zahlen.

Solidaritätsbremse auf den Prüfstand!



Am 9. April 2020 schuf der Landtag den Corona-Bewältigungsfonds. Gleichzeitig beschlossen die Koalitionsfraktionen, bis Ende 2021 die Schuldenbremse – besser Solidaritätsbremse – zu überprüfen. Es muss geklärt werden, ob die Voraussetzungen für eine staatliche Kreditaufnahme und die kurze Tilgungsfrist von nur acht Jahren angemessen sind. Seitdem ist nichts passiert, die Prüfung hat nicht

stattgefunden. Deshalb lassen wir das Parlament im Februar darüber abstimmen, ob es eine interfraktionelle Arbeitsgruppe dazu einsetzt. Die bisherigen Regeln schaden mehr als sie nützen.

Wann kommt ein modernes Gleichstellungsgesetz?



Seit 1994 gilt in Sachsen das Frauenfördergesetz. Es muss dringend durch ein modernes Gleichstellungsgesetz ersetzt werden – daran war schon die Vorgängerregierung gescheitert, weil die CDU nicht mitmachte. Jetzt hat das Kabinett immerhin einen Entwurf zur Anhörung freigegeben. Was am Ende rauskommt, ist allerdings offen. Wir streiten für verbindliche und

zielgerichtete Regelungen, für gerechte Entlohnung plus Vereinbarkeit von Familie und Beruf, unabhängig vom Geschlecht! Die Erwartungen sind groß, denn der Freistaat muss als Arbeitgeber Vorbild sein.

In fünf Jahren nur neun Prozent Steigerung – Solarenergie auf Landesdächern konsequent nutzen!



Privatleute sollen ihre Dächer mit Solaranlagen versehen, aber der Freistaat selbst trödelt? 2017 lagen Solaranlagen mit einer Fläche von 22.900 m² auf landeseigenen Dächern, fünf Jahre (!) später waren es gerade einmal 9,1 Prozent mehr. [Die Landesregierung hat das Thema tausend Mal berührt, doch tausend Mal ist nichts passiert!](#) Bis Ende 2024 soll Sachsen nun alle geeigneten

landeseigenen Liegenschaften, Grundstücke und Gebäude [mit Solarenergieanlagen und Energiespeichern ausstatten](#). Energie aus erneuerbaren Quellen ist preiswert, sicher und sauber. Ihre verstärkte Nutzung schafft Jobs und macht uns unabhängig!

Wer Lehrkräfte will, muss Freiheit und gute Arbeitszeiten bieten



Die Ständige Wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz [hat Vorschläge veröffentlicht](#), wie mehr Lehrkräfte gewonnen werden können. Wir teilen die [Einschätzung der GEW](#), dass sie in die falsche Richtung gehen – denn die KMK empfiehlt unter anderem größere Schulklassen und mehr Druck, in Vollzeit zu arbeiten (letzteres hängt aber immer von der individuellen

Lebenssituation ab). [Die beste Werbung für den Lehrkraftberuf](#) sind aber weder Mehrbelastung noch Einschränkungen, sondern gute Arbeitsbedingungen, Gestaltungsfreiheit und Freude.

Auch das gibt's



Bagl8, CC BY-SA 3.0, Wikimedia Commons

Wieder gibt es Debatten um den „Tag der Sachsen“. Nachdem Frankenberg das Fest wegen Geldmangels 2022 nicht durchführen konnte, hat in diesem Jahr Aue-Bad Schlema große Schwierigkeiten, die Finanzierung zu stemmen. Landtagspräsident und Kuratoriums-Chef Matthias Rößler sieht die Veranstaltung für die kommenden Jahre als gesichert an, wir aber teilen diesen Optimismus nicht. Ist ein „Volksfest der Sachsen“ noch

zeitgemäß oder braucht es eine Neuausrichtung? Und sollte es nicht vollständig vom Freistaat bezahlt werden?

Impressum

Die Linke Fraktion im Sächsischen Landtag

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1

01067 Dresden

Telefon: 0351 4935800

Fax: 0351 4935460

linksfraktion@slt.sachsen.de

Folgen Sie uns auf Facebook

Folgen Sie uns auf X

Folgen Sie uns auf Instagram

Folgen Sie uns auf Youtube

Folgen Sie uns auf Flickr

Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten wollen, können Sie sich hier austragen:

[Newsletter abbestellen](#)